

Demokratie statt internationale Technokratie

Interview mit Sven Giegold, Mitglied der Grünen Fraktion im Europaparlament, über seine Kritik an TTIP, die möglichen Auswirkungen des Abkommens und des Demokratiedefizits bei den Verhandlungen

Herr Giegold, können Sie uns vier Gründe nennen, warum Sie das Freihandelsabkommen TTIP ablehnen?

Sven Giegold: Es geht erstens um die Frage nach Demokratie in der Globalisierung: Wer bestimmt die Regeln einer zusammenwachsenden Welt und wie sollen diese Regeln ausgestaltet sein. TTIP ist der Versuch, globale Standards zu setzen, dabei wird aber nur zwischen den USA und der EU verhandelt. Das ist insofern fragwürdig, weil wir aus guten Gründen eine internationale Handelsordnung haben, die zwar auch viele Defizite hat aus Sicht von Gerechtigkeit und Ökologie, aber immerhin einen Interessenausgleich ermöglicht. Zweitens greift TTIP in die Rechte der Staaten ein, Regeln für Unternehmen zu setzen. Es ist daher ein Eingriff in die Ordnung der sozialen Marktwirtschaft, die wir in Europa haben. Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört, dass Staaten Regeln für alle Unternehmen setzen. Dazu gehört nicht, dass solche Regeln unter Schadensersatzvorbehalt gestellt werden, die dann von Schiedsgerichten entschieden werden, die nicht einmal dem normalen Rechtsweg entsprechen. Und drittens greift TTIP in die bisherige Verteilung staatlich-privat ein. Es wird genauso wie bei CETA und bei TiSA versucht, Einschränkungen vorzunehmen, was überhaupt noch als Güter öffentlicher

Daseinsvorsorge definiert werden kann. Somit ist TTIP auch ein Eingriff in die freie Entscheidung sowohl der Staaten als

Die Art und Weise, wie TTIP verhandelt wird, [...] entspricht nicht dem Verständnis von Demokratie im 21. Jahrhundert.

auch der Kommunen, welche Dienste sie zukünftig in öffentlicher Hand lassen wollen und welche liberalisiert sind. Insgesamt ist TTIP daher ein Angriff auf die Demokratie insgesamt und die europäische Demokratie im Besonderen. Schlussendlich entspricht die Art und Weise, wie TTIP verhandelt wird – das heißt hinter verschlossenen Türen unter besonderer Beteiligung der Lobbyisten aus Großunternehmen und mit einem Mangel von Transparenz über den Verhandlungsstand – nicht dem Verständnis von Demokratie im 21. Jahrhundert.

Was können, über diese zentralen Bereiche hinaus, die Auswirkungen eines TTIP-Abkommens auf das Alltagsleben, also auf lokaler Ebene, sein?

S. G.: Zuerst muss man erwähnen, dass im Moment keiner genau sagen kann, welche Auswirkungen TTIP haben wird.

Die entscheidenden Texte, insbesondere die 25 wichtigsten Forderungspapiere der USA, liegen uns nicht vor. Wir wissen also nicht, wie tief der Eingriff sein wird, zum Beispiel bei den Fragen: Werden wir mehr Gentechnik bei uns auf dem Teller haben? Werden wir mehr giftige Chemikalien in Europa haben? Werden wir weniger Rechte haben, soziale Standards bei öffentlichen Ausschreibungen festzulegen?

Diese Themen liegen prinzipiell auf dem Verhandlungstisch. Das sind tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben vor Ort, auch wenn wir dazu noch nichts Genaueres wissen. Weil wir einzelne Verhandlungsdokumente kennen, ist recht klar, dass versucht wird, per Gesetz vorzuschreiben, dass nur die Sektoren, die bisher als öffentliche Daseinsvorsorge definiert sind, weiterhin als solche definiert werden bleiben, dass aber keine neuen Bereiche dazukommen dürfen. Das ist ein tiefer Eingriff.

Stellen sie sich vor, wir hätten vor 15 Jahren eine solche Vereinbarung gemacht. Damals wusste noch niemand, dass zum Beispiel Breitbandanschlüsse darüber entscheiden, ob Dörfer als Wirtschaftsstandort lebendig bleiben oder nicht. Das sind Dinge, da darf man keine abschließende Entscheidung per Handelsabkommen festlegen. Der Staat und die Kommunen

müssen frei bleiben, bestimmte Sektoren im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge auszugestalten.

Die Opposition in den USA spricht sich gegen eine Änderung der Finanzmarktregulation über TTIP aus. Wie schätzen Sie dieses Problem ein?

S. G.: Klar ist, dass im Moment nicht über den Bereich der Finanzregulierungen verhandelt wird. Die Amerikaner wollen in dem Bereich ein Maximum an Souveränität behalten. Währenddessen pochen die europäischen Bankenverbände und die EU-Kommission darauf, dass die Finanzregulierung Teil des Abkommens wird. An dem Beispiel kann man sehr gut sehen, dass es nicht immer so ist, dass die Amerikaner unser Leben verändern wollen, sondern auch umgekehrt, dass europäische Unternehmen wollen, dass sich das Leben in Amerika verändert. Es geht nicht darum, skeptisch gegenüber den USA oder einem Handelsvertrag mit dem Land zu sein, sondern einzusehen, dass der Regelungsgegenstand in diesem Abkommen zu exzessiv ist.

Welcher Bereich der Finanzmärkte wäre konkret betroffen?

S. G.: Die Frage was, wer, wie regeln will, das weiß noch niemand. Parallel zu TTIP wird auch im Rahmen von TiSA über weitere internationale Liberalisierungen im Bereich der Finanzmärkte verhandelt. Das Verhandlungskapitel „Finanzmärkte“ bei TiSA wurde geleaked und in dem Dokument wird deutlich, dass versucht wird, den europäischen Datenschutz auszuhebeln. Die amerikanische Seite verlangt, dass der Ort der Datenverarbeitung nicht festgelegt werden dürfe. Das heißt, die Regeln, die wir bei SWIFT eingeführt haben, dürften wir dann in keinem Bereich der Finanzmärkte mehr zur Vorschrift machen. Ich bin wirklich kein Fan des Bankgeheimnisses, aber hier geht es darum, ob wir unseren Datenschutz in Europa noch selber bestimmen können oder ob das dem Freihandel geopfert wird.

Sie haben gerade angesprochen, dass kaum Informationen über die Verhandlungen verfügbar sind. Sie als Mitglied des Europaparlaments sind davon direkt betroffen. Wie beurteilen Sie dieses Vorgehen?

S. G.: Für mich persönlich ist das eine Zumutung. Die Bürger erwarten, dass man ihre Fragen beantwortet. Ich werde ständig auf diese Dinge angesprochen

und muss ganz oft sagen: Es tut mir leid, ich kann Ihnen das nicht beantworten, ich habe den Zugang zu diesen Unterlagen nicht. Nur ein Teil der Unterlagen ist öffentlich für 14 Parlamentarier, alles andere ist geheim. Selbst diese 14 Abgeordneten haben nur in einem geheimen Leseraum Zugang zu diesen Dokumenten. In diesem Leseraum dürfen sie keine Notizen machen und das bei hunderten Seiten von englischem Handelsrechtsjargon. Das ist einfach kein demokratischer Standard. Zwar sind internationale Verträge fast immer so verhandelt worden, aber es gibt Unterschiede zu früheren Entwicklungen: Erstens ist die Demokratie heute weiterentwickelt als zu Zeiten des Wiener Kongresses. Zweitens haben wir heute einen höheren Anspruch an Transparenz und Bürgerinformation. Drittens regelt der TTIP-Vertrag etwa die Hälfte des Welthandels. Damit ist es ein so wichtiger Vertrag, dass dafür auch sehr hohe demokratische Standards gelten müssen. Dazu gehört vor allem die Transparenz des gesamten Verhandlungsprozesses.

In den USA pochen Senat und Repräsentantenhaus auf ihr Mitspracherecht und TTIP stößt auch in der amerikanischen Gesellschaft auf Widerstand ...



S. G.: In der Tat gibt es bisher kein „fast track“, und ohne das kann man mit den Amerikanern nicht abschließen. Es ist noch unklar, ob es das irgendwann geben wird. Ich hoffe, dass die amerikanische Gesellschaft sich weiterhin so stark damit beschäftigt, wie sie das andeutet. Am Anfang gab es in den USA die Hoffnung, dass sich durch die EU-Kooperation der Verbraucherschutz, der Umweltschutz und die sozialen Regeln verbessern würden. Deshalb gab es nicht viel Widerstand. Inzwischen hat sich die Debatte dort weiterentwickelt und der Widerstand wächst. Immer mehr Amerikaner merken, dass es eine grundlegende demokratische Frage ist, ob man seine Regeln selber bestimmen kann oder nur das Niveau der Regeln.

Warum ist die Frage der Standards so wichtig?

S. G.: Das wichtigste Kriterium ist nicht, ob die jetzigen Standards abgesenkt werden oder nicht, sondern ob diese später noch verändert oder erhöht werden können. Aus grüner Sicht kann man mit dem globalen Agrarhandel und unserem Agrarsystem nicht zufrieden sein. Das System geht auf Kosten der Tiere, der Umwelt und den Ärmsten auf der Welt. Das müssen wir verändern, also können wir kein Interesse daran haben, dass europäische Standards abgesenkt werden. Es muss darum gehen, dass wir die Standards erhöhen können, wenn wir irgendwann Mehrheiten für eine andere Agrarpolitik haben.

TTIP soll ja ein „Living Agreement“ sein, dass heißt auch Bestimmungen des Abkommens nachträglich verändert werden können, ohne dass komplett neu verhandelt wird. Selbst wenn die EU-Standards nicht verändert werden, haben Sie nicht die Befürchtung, dass auf diesem Weg Umwelt- und Gesundheitsstandards noch nachträglich nach unten verschoben werden könnten?

S. G.: Demokratie bedeutet, dass in öffentlichen Verfahren nach den Mehrheiten, die aus Wahlen hervorgegangen sind, und der Meinungsbildung, die in der Zivilgemeinschaft entsteht, Entscheidungen getroffen werden. Im Rahmen von TTIP ist geplant, einen Rat für regulative Zusammenarbeit zu gründen. Dieser soll eine

Art Handelsverträglichkeitsprüfung für jede Rechtssetzung vornehmen, die den Handel irgendwie berührt. Das bedeutet, dass der Freihandel eine übergreifende Wertigkeit bekommt gegenüber anderen zu schützenden Gütern. Freier Handel ist grundsätzlich eine gute Sache, aber eben kein übergeordneter Wert gegenüber Umweltschutz, Verbraucherschutz, sozialen Rechten oder dem Schutz der Ärmsten. Daher ist ein Rat für regulative Zusammenarbeit, der sich einseitig auf die Wirkungen auf den transatlantischen Handel konzentriert, aus meiner Sicht eine Unterhöhlung des Parlamentarismus und der Demokratie.

Ich habe die große Befürchtung, dass immer mehr Bürger der Demokratie den Rücken kehren, je kleiner die Handlungsspielräume für die Entscheidungsträger werden.

Wäre es eine Alternative, einfach gegenseitig die jeweiligen Standards anzuerkennen?

S. G.: Nein, ich finde die Grundidee schon falsch. Die Europäer haben aus guten Gründen einen großen Binnenmarkt mit 500 Millionen Menschen geschaffen. Dieser ist groß genug, damit jedes Unternehmen, wenn es in der EU verkaufen will, unsere Standards erfüllen sollte. Ich halte nichts davon, in allen möglichen Bereichen die Standards gleichzuschalten. Es gibt Bereiche, da ist es nötig. Wenn wir über internationalen Luftverkehr reden, dann brauchen wir bestimmte gemeinsame Regeln. Aber wenn es um gentechnisch veränderte Lebensmittel geht, dann sollen wir Europäer, genau wie die Amerikaner und andere Weltregionen, selbst entscheiden können, was auf unserem Teller landet. Es gibt keinen Zwang aus der Globalisierung heraus, das gemeinsam zu regeln. Solche Regeln zu ändern, ist die Freiheit der Demokratie. Wenn wir immer mehr solche Regeln in internationalen Verträgen festlegen, dann opfern wir die Demokratie einer internationalen Technokratie. Ich habe die große Befürchtung, dass immer mehr Bürger der Demokratie den Rücken kehren, je kleiner die Handlungsspielräume für die Entscheidungsträger werden.

Hat TTIP überhaupt einen Vorteil für die europäische Wirtschaft?

S. G.: Es wird wie immer, wenn man den Handel stärkt, Gewinner und Verlierer auf beiden Seiten geben. Man muss bedenken, dass die negativen Effekte des Handels, wie der Energieverbrauch, die Treibhausgasemission oder der Verbrauch endlicher Ressourcen, sich nicht in den Marktpreisen widerspiegeln. Freihandel kann zu echten Effizienzgewinnen führen, aber das hängt eben von den jeweiligen Produkten oder Dienstleistungen ab. Die bisherigen Studien sagen, dass es durch TTIP nur einen Gewinn von 0,5 % Wirtschaftswachstum geben wird. Das geht aber nur dann, wenn man sich sehr weitgehend auf Liberalisierung einigt und das ist weder realistisch noch wünschenswert. Das bedeutet, dass das Maß der Beschränkungen der demokratischen Freiheiten hoch ist im Verhältnis zu einem relativ geringen ökonomischen Gewinn. Dazu kommt, dass zwar Wachstum in der EU und den USA auftreten wird, TTIP aber gleichzeitig weniger Wachstum für viele der ärmsten Länder und der Schwellenländer bedeutet. Das heißt, es gibt durch diesen bilateralen Ansatz ganz direkte Wohlstandseinbußen in bereits ärmeren Ländern. Man kann zugespitzt sagen, dass dieses Abkommen die Armut in den Entwicklungsländern fördern wird.

Wie können Politiker und Bürger während den laufenden Verhandlungen Einfluss ausüben und ihrer Kritik Gehör verschaffen?

S. G.: Konkret geht es zuerst einmal um die Ratifizierung des EU-Kanada-Vertrags CETA. Dieser Text ist fertig verhandelt, wird der Öffentlichkeit vorgestellt und muss dann in den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Im CETA-Abkommen werden Präzedenzfälle für TTIP geschaffen, unter anderem die Schiedsgerichtsvereinbarung, die besonders fragwürdig ist. Selbst wenn einige kosmetische Änderungen an dieser Klausel vorgenommen wurden, der Kern ist genauso wie er schon in der Vergangenheit verhandelt wurde. Insofern kann man auch versuchen, in den verschiedenen Staaten dafür zu werben, dass das CETA-Abkommen nicht ratifiziert wird. Zudem gibt es eine zunehmende

Zahl von Organisationen – darunter auch Kommunen –, die Beschlüsse gefasst haben gegen TTIP, CETA und TiSA. Diese Beschlüsse betonen sehr stark die Demokratie und die kommunale Selbstverwaltung. Solche Beschlüsse sind sehr wichtig, um Zeichen zu setzen. Verschiedene Stadträte haben mit großen Mehrheiten solche Beschlüsse in Deutschland und Österreich gefasst.

Wie würden Sie als Mitglied die Stimmung im Europaparlament einschätzen?

S. G.: Im Europaparlament gibt es eine große Koalition der Freihandelsbefürworter: von den Sozialdemokraten über die Liberalen bis hin zu den Konservativen und Rechtskonservativen. Allerdings hat die Europawahldebatte bei dem Thema TTIP einiges verändert. Sowohl die fehlende Transparenz als auch die Investorschiedsgerichtsverfahren werden von vielen Kollegen als sehr kritisch angesehen. Es ist ja bekannt, dass auch ACTA, also der Versuch international exzessive Urheberrechtsgesetze im Internet durchzusetzen, im Europaparlament zu Fall gebracht wurde. Dabei hatte ACTA die gleiche Mehrheit an Befürwortern als die Debatte angefangen hat. Das Europaparlament hat immer wieder Selbstbewusstsein gezeigt und ich bin optimistisch, dass das bei TTIP auch wieder passieren kann. Das hängt zum Großteil aber vom Druck aus der Gesellschaft ab.

Wird das Europaparlament am Ende nach dem Motto „alles oder nichts“ abstimmen?

S. G.: Die Abstimmung ist wirklich „alles oder nichts“. Das ist aber nur eine Seite der Medaille, denn bis zu der Abstimmung passiert noch viel. Die EU-Kommission muss regelmäßig ins Parlament kommen, um über den Zwischenstand zu berichten. Den nationalen Parlamenten steht auch frei, die Kommission einzuladen und die nationale Regierung zu befragen und Vorgaben zu machen. Das heißt, es hängt eben auch vom Selbstbewusstsein der jeweiligen Parlamente ab. Die Kommission weiß auch, dass TTIP nur durchgesetzt werden kann, wenn sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europaparlament zustimmen. Wenn die Parlamente klar sagen, dass sie zum Beispiel die Investor-Staatsklagen nicht akzeptieren werden, dann wird der Handlungsspielraum der Kommission eingengt.

Kann man schon etwa abschätzen, wie lange die Verhandlungen noch dauern werden?

S. G.: Offiziell sollen die Verhandlungen bis Ende 2015 abgeschlossen sein, ich halte das jedoch für abenteuerlich. Solche Zeitpläne sind noch nie eingehalten worden. Der Hauptgrund ist, dass der Widerstand sowohl in Europa als auch in den USA so groß ist, und dass die US-Regierung noch keine „fast-track“-Autorität hat. Der Prozess kann noch einige

Jahre dauern, aber trotzdem sollte man ihn nicht unterschätzen. Internationales Recht ist eine langsame Mühle, die aber irgendwann gründlich mahlt.

Wie stehen Sie zu der Aussage, TTIP sei jetzt nötig, damit die EU und die USA sich in Zukunft gegen China und andere aufstrebende Wirtschaftsmächte behaupten können?

S. G.: China war bisher ein Land, mit dem man auf internationaler Ebene, trotz Menschenrechtsverstößen und Demokratieeinschränkungen im eigenen Land, durchaus verlässlich zusammenarbeiten konnte. Es ist veraltet, dass die EU und die USA versuchen, die Weltregeln zu bestimmen. Die Machtverhältnisse auf der Welt haben sich verändert. China wird einen Standard, den die EU und die USA setzen, nicht unangefochten akzeptieren. Wir sind darauf angewiesen, einen Interessenaustausch mit möglichst vielen Akteuren zu schaffen, wenn wir globale Regeln durchsetzen wollen. Das Beste wäre eine Rückkehr aller Mächte an den Tisch der UNO. Es gibt zwar von ganz vielen Akteuren dazu keinen Willen, auch von der EU und der USA nicht. Aber dass die EU und die USA im Jahr 2014 den Anspruch erheben, Standards zu setzen, ist nicht gerecht.

Vielen Dank für das Gespräch! ♦

Das Interview fand am 1. September statt. Die Fragen stellten Laurent Schmit und Matthias Kirsch.

